DRUCK SACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

Landwirtschaft
Wie konventionelle und Öko-Produktion unter einem Dach funktionieren



Mohring trifft
Was sich in der Pflegepolitik
verbessern muss



WWW.DRUCKSACHE.INFO

AUSGABE 11 · November 2018















Menschen im Osten

Es gibt Sätze, die sind nicht direkt falsch, doch man hat das Gefühl, irgendetwas stimmt mit ihnen nicht. Dieser zum Beispiel: "Wir müssen den Menschen im Osten ihren Stolz auf ihre enormen Leistungen zurückgeben." Gesagt hat ihn Martin Dulig - gebürtiger Vogtländer, Jahrgang 1974, Sozialdemokrat und Minister in Sachsen - beim Forum Ostdeutschland der SPD. Klar, denkt man, der Mann ist Pädagoge, und es gehört zum kleinen Einmaleins eines jeden guten Schulmeisters, dass er mit Anerkennung meist weiter kommt als mit Tadel. Doch genau da liegt das Problem bei der Beschäftigung der Berliner Politik, der Medien und besorgter Hochschullehrer mit den vermeintlich bockigen Bürgern in den neuen Ländern, die den politischen Betrieb durcheinander bringen - und das Problem von Sätzen wie dem zitierten. Sie transportieren ein Autoritätsgefälle: wie das zwischen Lehrer und Schüler, Meister und Lehrling. Wer bitte ist denn "wir", der Ihnen und mir, die wir zu "den Menschen im Osten" gehören, etwas zuoder absprechen, wegnehmen oder zurückgeben könnte? Wir alle, jeder für sich, sind Bürger

dieses Landes. Mit gleichem Recht bestimmen wir gemeinsam nach unseren demokratischen Spielregeln, wohin sich Deutschland entwickelt. Jeder bringt dabei seine Interessen und seine historisch unterschiedlich gefärbten Erfahrungen mit. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die einen nicht ständig zur Norm und die anderen zur Abweichung erklärt würden. Ich bin stolz darauf, dass sich viele Menschen gerade vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen im Osten genau das verbitten und pfeife darauf, ob mir diesen Stolz jemand zu- oder abspricht.



Nach Gesetzgebungsdesaster: Rot-Rot-Grün geht auf Vorschlag der CDU ein



"

Warum die Linkskoalition Regeln durchsetzt,

deren Untauglichkeit ihr inzwischen selbst klar ist, erschließt sich nicht.

Gudrun Holbe, Obfrau der CDU-Fraktion im Kommunalausschuss Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring hat es bereits Anfang September gefordert. Jetzt schwenkt auch Rot-Rot-Grün auf die Linie ein: Die Straßenausbaubeiträge im Freistaat sollen abgeschafft werden. Mohring hatte Gespräche über das Thema angeboten. Vorausgegangen war seiner Initiative ein regelrechtes Gesetzgebungsdesaster. Die Regierung Bodo Ramelows hatte 2017 einseitig die Regelungen zu den Straßenausbaubeiträgen im Thüringer Kommunalabgabengesetz geändert. Mit verheerendem Ergebnis. Was Ramelow und die Seinen ins Gesetz schrieben, ist nicht praktikabel und verfassungswidrig, wie ein Gutachter des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen feststellte. Umso größer ist das Erstaunen bei der CDU, dass genau diese Regeln zum 1. Januar 2019 trotzdem für eine Übergangszeit in Kraft treten sollen. "Warum die Linkskoalition Regeln durchsetzt, deren Untauglichkeit ihr inzwischen selbst klar ist, erschließt sich nicht", sagt dazu Gudrun Holbe, Innenpolitikerin der CDU-Landtagsfraktion. Die Union hat gefordert, die rot-rot-grünen Änderungen aufzu-

heben und vorübergehend wieder das alte und bewährte Recht in Kraft zu setzen. Das Problem der rot-rotgrünen Regelung laut Holbes Worten: "Hat eine Kommune genug Geld in der Kasse, kann sie auf die ungeliebten Beiträge verzichten. Ist es zu wenig, muss sie bei den Grundeigentümern abkassieren. Die Bürgermeister werden zur Ungleichbehandlung ihrer Bürger je nach Kassenlage verpflichtet." Das will die CDU-Fraktion Bürgern und Gemeinden auch für eine Übergangszeit ersparen und wird gegenüber der Regierungskoalition auf einer verfassungsgemäßen Rechtslage bestehen. Über das Ziel, die Ausbaubeiträge

zukünftig abzuschaffen, besteht Einigkeit. "Es geht um ein Problem, das vielen Thüringern auf den Nägeln brennt. Und wir sollten es jetzt so regeln, dass es nicht in jeder Wahlperiode und bei jedem Regierungswechsel wieder streitig gestellt wird", appelliert Holbe an die Vernunft. Die Bürger hat die CDU-Fraktion bei ihrem Vorstoß für das Ende der Straßenausbaubeiträge jedenfalls hinter sich. 72 Prozent gaben bei einer repräsentativen Umfrage Mitte des Jahres an, dass sie es gerecht finden, wenn das Land jenen Teil der Straßenausbaukosten übernimmt, den bisher die Grundeigentümer tragen.

Aus der Fraktion



Enteignung am Grünen Band?

Ohne Rücksicht auf nach wie vor ungeklärte Fragen des Eigentumsrechts versucht die grüne Umweltministerin Anja Siegesmund derzeit, im Eiltempo das sogenannte Grüne-Band-Gesetz durch den Landtag zu drücken. Ziel der CDU-Fraktion ist es dagegen, Schaden von den etwa 17.000 Eigentümern der 13.000 betroffenen Grundstücke abzuwenden. "Es darf keine zweite Enteignung der Landbesitzer und -nutzer im Grünen Band geben", macht die CDU-Umweltpolitikerin Christina Tasch deutlich. "Wer 763 Kilometer Ex-Grenze über einen Leisten schlagen will, produziert im Naturmonument nichts anderes als grüne Monokultur. Das wird dem Anliegen nicht gerecht."



Feuerwehrschule wartet auf Personal

Mit stolzgeschwellter Brust feierte sich Rot-Rot-Grün Ende 2017 für den Beschluss, zusätzliche Stellen in der Thüringer Landesfeuerwehrschule in Bad Köstritz schaffen zu wollen. Zuletzt blieb es jedoch verdächtig ruhig um diese zuerst von der CDU-Fraktion geforderte Verbesserung bei der Personalausstattung der Schule. Der CDU-Feuerwehr-Experte Wolfgang Fiedler fragte deshalb bei der Landesregierung nach. Das Ergebnis: Die Ausschreibung der Stellen wurde verschlafen und erfolgte erst im Juli. Keine einzige Stelle wurde bislang besetzt.



Windparks: Mehr Mitsprache für Bürger und Kommunen sichern

Bürger und Kommunen sollen wirksamere Möglichkeiten erhalten, um sich gegen Windräder vor der eigenen Haustür zu wehren. Die Chancen dafür stehen bisher nicht sonderlich gut, weil für Windkraftanlagen im Baugesetzbuch des Bundes Sonderrechte bestehen. Die will das Land Brandenburg jetzt deutschlandweit abschaffen und hat einen entsprechenden Antrag im Bundesrat gestellt. Die CDU-Landtagsfraktion hat Thüringens Landesregierung aufgefordert, diesem Antrag zuzustimmen. Nach Meinung des energiepolitischen Sprechers der Fraktion, Stefan Gruhner, ist der Handlungsbedarf umso größer, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kürzlich auf gesundheitliche Risiken durch Windkraftanlagen hingewiesen hat. Neu ist die Forderung Brandenburgs nicht. Bereits Anfang 2017 hat die CDU die Regierung Bodo Ramelows im Landtag zu einer Bundesratsinitiative aufgefordert, die der aktuellen aus Potsdam entspricht. Rot-Rot-Grün hatte das im Erfurter Landesparlament jedoch abgelehnt. Die sogenannte Privilegierung der Windenergie im Baugesetzbuch gilt als entscheidende planungsrechtliche Sonderregelung, die den massiven Ausbau der Windenergie in den letzten Jahren ermöglicht hat. Gruhner teilt die Einschätzung der Brandenburger Landesregierung, dass die betroffenen Kommunen unter diesen Umständen kaum eine Chance haben, sich gegen Windparks vor ihrer Haustür durchzusetzen. Auf einen Sinneswandel in der Staatskanzlei hofft Gruhner auch vor dem Hintergrund einer aktuellen Studie der WHO zu den gesundheitlichen Folgen des Umgebungslärms. Dabei sind auch Windkraftanlagen ins Visier geraten. Die WHO empfiehlt, die in Deutschland gültigen Grenzwerte für die Anlagen zu senken. Die CDU hat wiederholt auf gesundheitliche Risiken durch Lärm, Infraschall und Schlagschatten hingewiesen. "Die wirksamste Gegenmaßnahme ist ausreichend Abstand zur Wohnbebauung, doch davon will

Rot-Rot-Grün nichts wissen. So wird

die Akzeptanz der Energiewende un-



Landwirtschafts-Reportage



Unter Kühen

Nass und bleischwer hängt der Nebel an diesem Oktobermorgen über den Oldislebener Stallungen. Im Vorwartehof wird es langsam voll: Die üblichen Verdächtigen können es kaum erwarten und haben bereits die Pole-Position vor dem Eingang zum Melkkarussell eingenommen. Von hinten trotten immer mehr Kühe von ihren Schlafboxen herbei. Schließlich öffnet sich das Gatter und das erste Tier betritt das Karussell. Nun dauert es nicht mal eine Minute, bis die Zitzen vorgemolken und gereinigt sind, das Melkzeug angelegt ist, die Milch zu fließen beginnt und der nächsten Kuh Einlass gewährt wird. Nach knapp 10 Minuten hat das Karussell eine Runde gedreht und die erste von 30 gleichzeitig abgefertigten Kühen ist im Schnitt um etwa 17.5 Liter Milch leichter. Zwei Mitarbeiter genügen, um diesen Prozess morgens wie abends für knapp 300 Kühe zu begleiten

Schnell, sauber, effizient – die konventionelle Landwirtschaft erfordert immer weniger Personaleinsatz. Mit Blick auf die durch Arbeitslosigkeit und Landflucht gebeutelte Kyffhäuser-Region fährt man deshalb in der Agrar GmbH Oldisleben seit vielen Jahren zweigleisig: Mit konventioneller und Öko-Landwirtschaft unter einem

Betriebsdach. Die deutlich personalintensivere Öko-Landwirtschaft kann hier, am Osthang der Hainleite, ein Baustein sein, um dem Veröden der Dörfer entgegenzuwirken. "Dank unseres Öko-Betriebsteils fällt es uns leichter, junge Leute für die Landwirtschaft zu begeistern" erklärt Geschäftsführer Uwe Erl. Mit der Agrar GmbH leitet der 53-Jährige einen der größten Höfe in der Region: 3740 Hektar Gesamtfläche, 25 Mitarbeiter, 4 Azubis. Im konventionell bewirtschafteten Milchviehbetrieb bricht jetzt der Tag an. Uwe Erl steht im zentralen Mittelgang und muss kurz Platz machen für Gerd Hartwig, der auf der Futtermaschine angerollt kommt. Die funktioniert, abgesehen von der Fahrt vorbei an den Gattern, ebenfalls vollautomatisch und stellt sich die richtige Mischung aus den gewünschten Zutaten selbst zusammen: Genau abgewogene Anteile von Mais- und Anwelksilage, Kraftfutter aus Raps oder Soja, Heu, Futterstroh und Mineralstoffen ergeben die sogenannte Totalmischration, mit der die Tiere hier gefüttert werden. Wie eine Straßenkehrmaschine im Rückwärtslauf bringt sie die Futtermischung vor den hungrigen Mäulern der Tiere aus. Uberlegungen, auch die Milch- und Rindfleischproduktion auf Bio umzustellen, hat Erl schon vor Jahren verworfen: Der bürokratische Aufwand der Nachweiserbringung ist enorm, in ganz Thüringen gibt es keinen größeren Öko-Schlachthof und die Gewinne sind gering. De facto liegen die Biomilchpreise trotz des vielzitierten Bio-Booms heute nicht höher als vor 10 Jahren. "Das Angebot auf dem Biomilch-Markt steigt noch schneller als die Nachfrage", erklärt Erl.

Auch deshalb beschränkt sich der ökologisch wirtschaftende Teil der Agrar GmbH Oldisleben auf den Ackerbau. Überhaupt ist Erl kein Ideologe, kein blinder Öko-Eiferer, für den nur Bio die reine Lehre ist. Dafür weiß er viel zu genau, wo die Stärken und Schwächen der beiden Modelle liegen. So zeigte sich beispielweise in diesem sehr trockenen Sommer, dass der Bio-Anbau extreme Witterungsverhältnisse etwas besser wegstecken kann als der konventionelle Ackerbau. Doch auch im Öko-Ackerbau ist nicht alles eitel Sonnenschein. Ein Versuch mit Bio-Raps vor ein paar Jahren war ein Schlag ins Wasser: "Damals haben sich sämtliche Käfer der Umgebung zum Besuch der einzigen ungespritzten Fläche verabredet", erinnert sich Erl.

redet", erinnert sich Erl.
Betriebswirtschaftlich besonders kritisch sieht der 53-Jährige die Vorgabe, auf mindestens 20 Prozent der Bio-Anbaufläche mit stickstoffbindenden Hülsenfrüchten wie Ackerbohnen oder Luzernen den Nährstoffgehalt im Boden zu verbessern und dafür den Dünger wegzulassen. Doch für Erl bedeuten solche Vorga-

ben vor allem, dass er permanent ein Fünftel seiner Anbaufläche mit kaum oder ganz ohne Gewinn bewirtschaften muss

Erls Vortrag wird jetzt durch ein Plätschern unterbrochen, das sich kurz darauf zu einem Rauschen steigert. Alle 90 Minuten läuft der sogenannte Schleppschieber ganz langsam durch die Reihen zur Mitte des Stalls, wo Kot und Harn der Milchkühe dann nicht ganz geräuschlos durch ein Gatter im Boden verschwinden. Die Kühe selbst zeigen sich wenig beeindruckt von der sich nähernden Metallschiene. Wie bei einem Hüpfseilsprung in Zeitlupe heben sie nur kurz das Bein, lassen den Schieber passieren und fressen dann in Seelenruhe weiter. Kaum ist der Güllestrom versiegt, wird die Geräuschkulisse durch ein anderes, sehr viel leiseres Rauschen abgelöst. Nahezu unbemerkt hat sich nun doch noch die Oktobersonne durch den Nebel gekämpft und lässt die Temperatur im Stall ansteigen. Ebenfalls vollautomatisch laufen metergroße Rotoren an und sorgen für einen angenehmen Luftzug. Während seine Kühe entspannt schmatzen tritt Erl nach draußen und lässt seinen Blick schweifen. von den Silos auf der anderen Seite der Esperstedter Straße, über die endlosen Plattenwege in Richtung seiner Öko-Felder. Für ihn steht fest: "Wir sollten konventionelle und Bio-Landwirtschaft nicht gegeneinander ausspielen. Beides hat seine Berechtigung."

Von Felix Voigt

Pflegepolitik



"

In Würde altern zu können, ist die Hoffnung fast jedes Menschen.

Die Mitmenschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich nicht zuletzt daran, wie sie mit Gebrechlichen und Pflegebedürftigen umgeht.

Elke Holzapfel, seniorenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion



77

Unterstützung für pflegende Angehörige und gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte

sind die wesentlichen Faktoren, um auch in Zukunft gute Pflege garantieren zu können.

> Jörg Thamm, pflegepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Mohring trifft:

Margit Benkenstein, die Thüringer Vorsitzende des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa)

Pflege ist ein ganz großes Thema in einer alternden Gesellschaft, auch in Thüringen. Wie entwickelt sich die Lage?

Benkenstein: Aktuell haben wir vor allem den wachsenden Anteil der Hochbetagten und damit häufig Pflegebedürftigen im Blick. Das ist auch richtig, aber nur die halbe Geschichte. Denn auch der Anteil der Menschen mit chronischen und vielen Krankheiten, man spricht von multimorbiden Patienten, wird zunehmen. Übrigens auch derer, die an Demenz erkranken. Das heißt, wir benötigen nicht allein mehr Pflegekräfte, sondern die Alten- und Krankenpflege muss sich auch auf den

Patienten von morgen einstellen. Das heißt im Klartext Qualifizierung. Altenpflege ist ein anspruchsvoller Beruf.

Mohring: Die letzte CDU-geführte Landesregierung hat 2012 einen Pflegepakt verabschiedet. Denn uns war klar, dass zu warten sträflicher Leichtsinn wäre. Wir haben jetzt gut 94.000 Pflegebedürftige, in zwölf Jahren werden es bereits 109.000 sein. Die etwas mehr als 30.000 Beschäftigten in der Altenpflege werden nicht reichen und sind auch schwer zu ersetzen, weil weniger junge Leute zur Verfügung stehen. Deshalb lag der Schwerpunkt auf der Nachwuchsgewin-

nung. Dafür müssen Ausbildung und Pflegeberuf attraktiv sein. Deshalb haben wir auch gleich zu Beginn dieser Wahlperiode für eine faire, tarifgerechte Bezahlung geworben. Die Gesundheitspolitiker der Unionsfraktionen in den Landtagen haben kürzlich vorgeschlagen, die Zahl der Stellen im Bundesfreiwilligendienst zu verdoppeln. Weil auch dies eine Möglichkeit ist, junge Menschen an dieses Berufsfeld heranzuführen.

Benkenstein: Dabei muss man im Blick haben, dass sich die Zahl der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren bereits nahezu verdoppelt hat. Es wird nicht leichter, wenn



alle Branchen Azubis suchen. Als private Pflegeheime werben wir dafür, die Fachkraftquote von 50 Prozent zu lockern. Dann könnten mehr Hilfskräfte die Fachkräfte

Ein Baustein soll die Reform der Pflegeausbildung sein. 2020 tritt sie in Kraft. Die Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und Kinderkrankenpflege sollen zusammengeführt werden...

Mohring: Zunächst einmal wird das Schulgeld gesetzlich abgeschafft. Dafür setzen wir uns schon lange ein. Damit wird eine wesentliche Hürde beseitigt. Hausaufgaben hat aber vor allem die Landesregierung zu machen. Das Gesetz muss umgesetzt werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband bemängelt völlig zu Recht, dass die Ramelow-Regierung weder inhaltliche noch

organisatorische Fragen geklärt hat. Die bisher spezialisierten Schulen müssen sich breiter aufstellen. Deshalb hat sich die CDU-Fraktion auch dafür eingesetzt, dass mehr Lehrkräfte für die Pflegeberufe ausgebildet werden.

Benkenstein: Da sind in der Tat Baustellen offen. Für die Pflegedienste sind zwei Punkte besonders wichtig. Die Politik muss sehr darauf achten, dass keine Ausbildungsplätze durch bürokratische Auflagen verloren gehen. Die Umstellung der Lehrpläne ist für viele Schulen eine Herausforderung. Die flächendeckende Versorgung mit Altenpflegeschulen muss erhalten bleiben, so wie ja auch der Abschluss des Altenpflegers erhalten bleibt. Denn auf die gemeinsame zweijährige Grundausbildung folgt auch in Zukunft eine Spezialisierung für ein Jahr.

Nun macht sich niemand Illusionen, dass der Bedarf allein aus dem Land gedeckt werden kann. Ohne die Zuwanderung von Fachkräften wird es kaum gehen, oder?

Benkenstein: Ausländische Abschlüsse müssen leichter und schneller anerkannt werden. Die Verfahren sind kompliziert, teuer und dauern viel zu lange. Mittelfristig lässt sich der Aufwand übrigens erheblich reduzieren, wenn in den Herkunftsländern klar zu erkennen ist: dies und das wird erwartet. Die Qualifizierung kann schon vor Ort unterstützt werden, etwa durch kostenlose Sprachkurse an den Goethe-Instituten im Ausland, Am Ende wird es ohne gezielte Anwerbeinitiativen aber nicht gehen. Leider macht Thüringen es ausländischen Pflegefachkräften schwerer als andere Bundesländer, im Land anzukommen. Selbstverständlich müssen Pflegekräfte und Patienten sich gut verständigen können. Doch dazu braucht es kein Germanistikstudium.

Mohring: Dass es auch anders geht, zeigen Bayern und Hessen. Da wird zunächst verlangt, dass ein Bewerber sich mit den Pflegebedürftigen in einem klaren Standarddeutsch vernünftig verständigen kann, damit in der Pflege nichts schief geht. Ein höheres Niveau wird dann nach einiger Zeit im Land bei entsprechender Förderung verlangt. Genau für diesen Weg haben wir uns ausgesprochen. Warum eine ausländische Pflegekraft in Thüringen ein Sprachniveau mitbringen muss, das für die Aufnahme eines Master-Studienganges berechtigt, ist nicht nachvollziehbar. Die CDU-Fraktion setzt sich außerdem dafür ein, dass Oualifikationen schon vor Ort bei den deutschen Außenhandelskammern nachgewiesen werden können, damit die Anerkennung in Thüringen schneller geht und nicht länger als ein halbes Jahr dauert. Da ist die Landesregierung gefordert.

Lassen Sie uns das Thema noch einmal von einer anderen Seite betrachten. Nicht wenige sagen: Zu wenig Zeit für die Pflegebedürftigen, zu viel Papierkram. Lässt sich Pflege nicht zugleich effizienter und dennoch menschlicher gestalten?

Mohring: Unter anderem da setzt das Sofortprogramm Pflege von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn an. Digitalisierung kann Pflegekräfte entlasten, sagt Spahn. Unter anderem bei der Pflegedokumentation, der Abrechnung von Pflegeleistungen oder der Zusammenarbeit mit Ärzten. Für jede ambulante oder stationäre Pflegeeinrichtung sind 12 000 Euro Förderung vorgesehen, damit entsprechend investiert werden kann.

Benkenstein: Die Digitalisierung spielt eine wichtige Rolle, etwa die elektronische Pflegedokumentation. Grundsätzlich ist die Pflegedokumentation allerdings unverzichtbar. Sie sichert die Oualität und Nachvollziehbarkeit der Pflege und wird auch für das interne Qualitätsmanagement benötigt. Am Ende zählt das Wohl der Pflegebedürftigen. Dennoch: Der Aufwand für die Pflegedokumentation kann auf das fachlich und rechtlich notwendige Maß verringert werden. Durch Förderung des Bundesgesundheitsministeriums ist das sogenannte Strukturmodell entstanden, das den Dokumentationsaufwand reduziert. Die Hälfte der Einrichtungen und Pflegedienste in Thüringen nutzt es inzwischen.

Am Ende funktioniert die Pflege aber doch vor allem, weil jeweils lediglich rund ein Viertel der Pflegebedürftigen in Pflegeheimen oder ambulant betreut wird und knapp die Hälfte durch pflegende Angehörige oder andere Nahestehende.

Mohring: Die Familienangehörigen sind ganz sicher der kostengünstigste Pflegedienst des Landes. Das wird angesichts der Bevölkerungsentwicklung und auch gesellschaftlicher Veränderungen so nicht bleiben. Allein angesichts der heute erwarteten und auch selbstverständlichen Mobilität leben Familien nicht mehr so oft zusammen. Auch scheiternde Familien gehören nun einmal zur Lebensrealität. Deshalb setzt die CDU ganz grundsätzlich darauf, verbindliche Formen des Zusammenlebens und Zusammenhalt zu unterstützen, wo es geht. Nicht allein in der Familienpolitik. Gelingt

das nicht, wird Pflege langfristig teurer. Deshalb ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und die Entlastung pflegender Angehöriger ein so großes Thema. Zum Beispiel durch den Ausbau der Kurzzeitoder Verhinderungspflege.

Benkenstein: Die meisten Menschen wollen möglichst lange zu Hause leben. Doch das Ideal des Älterwerdens im Kreis einer Familie in der Nähe ist nur noch ein Modell unter vielen. Deshalb müssen wir andere Formen finden. Für Pflegebedürftige wie für die Finanzierung der Pflege sollten wir daher eine klare Rangfolge beachten: Weg von der Schaffung reiner Versorgungsstrukturen, hin zu einer differenzierten Unterstützung für ein normales Wohnen. Wir brauchen einen Mix aus Eigenverantwortung und Eigentätigkeit, aus familiärer und nachbarschaftlicher Hilfe und aus professioneller Unterstützung. Wir brauchen ambulante, teilstationäre und stationäre Versorgungsangebote, die kombiniert werden können. Wobei ich auch sagen will: Auch das klassische Pflegeheim muss wieder an gesellschaftlicher Akzeptanz gewinnen, wenn wir an Hochbetagte und ihre Pflegebedürftigkeit denken.

Frau Benkenstein, Herr Mohring, ich danke für das Gespräch.

IMPRESSUM

Herausgeber CDU-Fraktion

im Thüringer Landtag Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.

Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)

0361 3772-218 (520)

Internet www.cdu-landtag.de

E-Mail

pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage 1,1 Millionen

Fotos

Soweit nicht anders angegeben: CDU-Fraktion

Karikatur

Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl

Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung

Leography.com

Druck

Druckzentrum Erfurt GmbH Gottstedter Landstraße 6 99092 Erfurt

Aus der Fraktion



Entspannung für den Wohnungsmarkt: Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer

Thüringen ist derzeit unrühmlicher Spitzenreiter: Schon zum

1. Januar 2017 hat die Ramelow-Regierung die Grunderwerbsteuer von 5 auf 6,5 Prozent angehoben.

Das ist bundesweit der höchste Satz – Bayern liegt gerade mal bei 3,5 Prozent. Derweil wird Bauland

immer teurer, Immobilien sowieso – spätestens wenn junge Familien bauen, ein Haus oder eine Wohnung kaufen wollen, wird die Steuer zum Problem. Die persönliche Finanzplanung kann dann noch einmal ganz schön ins Wackeln geraten. Die Haushalts- und Finanzpolitiker

der Unionsfraktionen in Land und Bund setzen sich deshalb dafür ein, dass Familien, die erstmals selbst genutztes Wohneigentum erwerben, künftig von Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer profitieren. Erhoben und in der Höhe festgelegt wird die Grunderwerbsteuer von den Bundesländern, der Bund ist lediglich für die Rahmengesetze verantwortlich. "In Kombination mit dem Baukindergeld schaffen wir

so eine spürbare Entlastung junger Familien, die für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgen kann", macht der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Maik Kowalleck deutlich. Gemeinsam mit Fraktionschef Mike Mohring, der der Runde der Unionsfinanzer vorsteht, setzt er sich maßgeblich für diese Möglichkeit ein. Die Länder müssen sie dann aber auch nutzen.



Land soll Kommunen beim Netzausbau unterstützen

Bayern, Hessen und Niedersachsen gehen voran - doch Thüringen hinkt beim Thema Digitalisierung wieder einmal hinterher. Während andere Landesregierungen selbst die Initiative ergreifen, um durch Unterstützung beim Bau neuer Sendemasten in wirtschaftlich unrentablen Gebieten Funklöcher und Versorgungslücken zu schließen, hebt die Landesregierung weiter die Arme und verweist auf den Bund. Die Quittung für ihr Versagen bei den Themen Digitalisierung, Mobilfunk und Netzausbau hat Rot-Rot-Grün jetzt in Gestalt des "Digitalisierungskompass 2018" bekommen. Gleich drei Landkreise und kreisfreie Städte aus Thüringen finden sich in dem bundesweiten Ranking von Prognos, Index und Handelsblatt unter den zehn in Sachen IT und Breitband am schlechtesten aufgestellten Kommunen. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Prof. Dr. Mario Voigt will der Landesregierung ihre ewigen Ausreden deshalb nicht länger durchgehen lassen: "Thüringen muss endlich auch selbst Geld in die Hand nehmen, um die Kommunen beim Ausbau des Netzes in Regionen zu unterstützen, die ohne staatliche

Förderung längerfristig unterversorgt bleiben", fordert der Digital-Experte. Eindeutig zu wenig unternimmt die Linkskoalition aus Voigts Sicht auch bei der künftigen Etablierung des neuen 5G-Standards. "Hier muss das Wirtschaftsministerium vorangehen und sich mit Nachdruck für eines der fünf vom Bund geplanten 5G-Pilotprojekte einsetzen. Ziel muss jedoch nicht nur die volle 5G-Konnektivität für eine Modellregion sein, sondern eben auch das Ausmerzen der Funklöcher in der Fläche. Und dazu braucht es nun mal dort Funkmasten, wo die Mobilfunkanbieter aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zögern." Und noch einen weiteren Vorschlag, wie diese Lücken schneller geschlossen

Und noch einen weiteren Vorschlag, wie diese Lücken schneller geschlossen werden können, hat Voigt in petto: Die Einführung des nationalen Roamings. Wenn die Mobilfunknutzer in Gebieten, die ihr Anbieter nicht abdeckt, auf einen anderen ausweichen könnten, würden die weißen Flecken auf der Mobilfunkkarte bedeutend kleiner. "So könnten die vorhandenen Mobilfunknetze im ländlichen Raum für alle nutzbar gemacht werden", wirbt der CDU-Politiker für seinen Vorschlag.

Asylpolitik



CDU fordert Sonderstab zur Abschiebung gefährlicher Ausländer

Ausländische Intensivtäter, gefährliche Islamisten und Integrationsverweigerer sollen künftig gezielter und schneller abgeschoben werden. Dazu soll im Thüringer Innenministerium ein Sonderstab eingerichtet werden. Das schlägt die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag vor. Die Abschiebung von Integrationsverweigerern hat die Unionsfraktion auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt, nachdem Migranten während des Weimarer Zwiebelmarktes eine junge Deutsche bedrängt und

sexuell belästigt haben, ihren Freund verprügelten und anschließend die Polizei attackierten. Der mutmaßliche Haupttäter saß wegen Körperverletzung bereits im Gefängnis und war auf Bewährung entlassen.

Nach den Worten des CDU-Innenpolitikers Raymond Walk "richtet die vergleichsweise kleine Gruppe der Mehrfach- und Intensivtäter oder Integrationsverweigerer unter den Migranten großen Schaden an. Sie verzerren die Wahrnehmung und erschweren damit die Integration

der viel größeren Gruppe friedlicher und anpassungsbereiter Ausländer." Walk erinnerte daran, dass die gewalttätige und kriminelle Minderheit die Polizei nicht allein in Weimar in Atem hält. "Niemand versteht, warum nicht alle rechtlichen Hebel in Bewegung gesetzt werden, um diese Leute unverzüglich außer Landes zu schaffen. Nach der Haftstrafe kann es für sie eigentlich nur einen Weg geben, den zum Flughafen", sagte der Landtagsabgeordnete.

Dass Intensivtäter und Integrati-

onsverweigerer tatsächlich zügiger abgeschoben werden können, zeigt für Walk das Beispiel Baden Württembergs. Dort hat Innenminister Thomas Strobl (CDU) Anfang 2018 einen gut vernetzten "Sonderstab gefährliche Ausländer" eingerichtet, der diese Problemfälle ins Visier nimmt und tatsächlich auch vielfach löst. "Gewinner sind die Bürger, die Polizei und nicht zuletzt auch die friedlichen und bleibeberechtigten Flüchtlinge", sagte Walk und fügte hinzu: "Was einer grün-schwarzen Landesregierung möglich ist, sollte auch einer rot-rot-grünen möglich sein. Dazu müsste sich Bodo Ramelow allerdings von seiner Überzeugung verabschieden, dass jede Abschiebung eine menschliche Niederlage sei."

Die wichtigsten Informationen zum politischen Geschehen jetzt als WhatsApp-Nachricht

- Installieren Sie WhatsApp auf ihrem Smartphone.
- Speichern Sie die Nummer 0151 1275 5737 als Kontakt oder scannen Sie den QR-Code rechts mit Ihrem Smartphone und speichern dann den angezeigten Kontakt.
- Senden Sie per WhatsApp eine Nachricht mit dem Stichwort "CDU-Service" an obige Nummer, um uns mitzuteilen, dass Sie den Nachrichten-Service der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag nutzen möchten. Ihren Namen müssen Sie nicht nennen.

Abmeldung: Schreiben Sie eine Nachricht mit STOPP oder ABMELDEN an die +49151 12755737 (CDU-Fraktion im Thüringer Landtag). Unser Team in der Pressestelle wird Ihre Mobilnummer dann so schnell wie möglich aus der Liste entfernen. Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter https://www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.





WhatsApp Nachrichten-Service

Bildungspolitik



Lehrerausbildung: Von anderen fordern, aber selbst nicht liefern

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft in der rot-rot-grünen Bildungspolitik eine Lücke, so breit wie das Thüringer Becken. So rieben sich nicht wenige aufmerksame Beobachter des Thüringer Politikgeschehens verwundert die Augen, als der LINKE Bildungsminister Helmut Holter vor wenigen Wochen seinen turnusgemäßen Vorsitz bei der Kultusministerkonferenz nutzte, von den Bundesländern größere Anstrengungen bei der Schaffung von Lehramtsstudienplätzen einzufordern. Dabei "vergaß" der Thüringer Bildungsminister jedoch ganz offensichtlich, dass es die rot-rot-grüne Landesregierung war, die zuletzt

alle CDU-Forderungen nach einer Erhöhung der Zahl von Studienund Referendariatsplätzen abgelehnt hatte. "In Thüringen werden in den nächsten Jahren weit mehr Lehrer in den Ruhestand gehen, als Studien- und Referendariatsplätze zur Verfügung stehen. Insofern ist schon jetzt klar, dass Thüringen eines der Länder sein wird, die sich bei der Lehrergewinnung auf die Ausbildungskapazitäten anderer Länder stützen müssen", macht deshalb auch der CDU-Bildungsexperte Christian Tischner deutlich. Das Problem: Rot-Rot-Grün hat den von der Vorgängerregierung eingeschlagenen Weg einer jährlichen Steigerung der Kapazitäten

nach der Regierungsübernahme im Jahr 2014 verlassen und die Ausbildungszahlen auf viel zu niedrigem Niveau stagnieren lassen. Gleichzeitig macht Tischner deutlich, dass es neben den zur Verfügung gestellten Studien- und Referendariatsplätzen weitere Probleme im Bereich der Lehrerbildung gibt, die dringend angegangen werden müssen. "Nach wie vor fehlen insbesondere Lehramtsstudenten in MINT-Fächern und für die Regel- und Berufsbildenden Schulen. Dieses Problem wird seitens des Kultusministers völlig ausgeblendet", so der CDU-Bildungspolitiker. "Wir schlagen deshalb vor, die Studienberatung an den Hochschulen zu stärken, um Studierende in Mangelfächer zu lenken oder ihnen später das Studium eines dritten Fachs ans Herz zu legen, das dringend gebraucht wird."



DIE OFFIZIELLE APP

Emp- fänger am Ort	Teil einer Pflanze	Gefälle; Vorliebe	achte Stufe der diaton. Tonleiter	V	rutschen	▼	sehr angetan, beglückt	▼	Himmels- richtung	Hunnen- könig	be- stimmter Artikel	moderne Musik- richtung (Kzw.)	•	Wasser- sportart	▼	Fluss zur Donau
•		•		2			Öl- weiden- gewächs	-	•		•			•	5	salopp: Geld
Pökel- flüssig- keit	-				Nah- rungs- bestand- teil	>		3		ägypti- sche Göttin		Anhänger eines Rock- musikstils	6			
Bestie	-						Abk.: Lan- desversi- cherungs- anstalt	Schlecht- wetter- zone	-	•		7	heiter, ver- gnügt		luft- förmiger Stoff	
 					Vor- name Presleys	9					Tadel	-			10	
Gesand- ter des Papstes		Vulkan bei Neapel (Italien)	•					lang ge- zogener Strand (ital.)	8				Empfeh- lung	-		
das Paradies	<u> </u>		4		kleine Appetit- happen (span.)	>					früherer dt. Städte- bund	•				11
Lö	sun	gsw	ort				1	2	3		5		2 8		10	11

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf unser berechtigtes Interesse nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Dieses liegt in § 47 Nr. 5 ThürAbgG begründet, wonach Fraktionen die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit unterrichten. Unsere Abwägung hat ergeben, dass Ihre Interessen bzw. Ihre Grundrechte und Grundfreiheiten unser Interesse nicht überwiegen. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: "Kreuzworträtsel") und gewinnen Sie ein Präsente-Set bestehend aus einer Powerbank für das Smartphone und einer hochwertigen Porzellan-Kaffeetasse aus dem Hause Kahla. Einsendeschluss ist der 30. November 2018. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:

CDU-Fraktion im Thüringer Landtag Jürgen-Fuchs-Str. 1 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der August-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort "Aufgabenkritik". Zu gewinnen gab es damals einen Bloototh-Lautsprecher, eine Porzellan-Tasse und eine Powerbank. Unter den richtigen Antworten als Gewinnerin gezogen wurde **Sylvia Scheler** aus Sonneberg. Herzlichen Glückwunsch!